

## Motion für eine Standesinitiative

**BTS** Am Mittwoch haben die Kantonsräte Gabriel Macedo (FDP, Amriswil), Roger Martin (Mitte, Romanshorn) und Stefan Mühlemann (SVP, Guntershausen) dem Regierungsrat eine Motion für eine Standesinitiative eingereicht. Diese soll die Bundesversammlung auffordern, die vier drängendsten Ostschweizer Nationalstrassen-Projekte unverändert in den nächsten Bundesbeschluss aufzunehmen. Im Thurgau betrifft dies die BTS. Im Dezember gab der Bund bekannt, dass seine Korridorstudie nur die Umfahrung von Weinfelden, Amriswil und Romanshorn vorsieht. Dagegen regt sich Widerstand. (sba)

## Neue Löhne für die Thurgauer Polizei

**Strafverfolgung** Mit einem Päckli aus drei Gesetzesrevisionen und einer Verordnungsänderung hat die Regierung das Strafverfolgungssystem überarbeitet. Wichtige Änderungen: Bei der Polizei werden die Dienststränge abgeschafft, die Besoldung orientiert sich neu an der Funktion. Ausserdem kann die Staatsanwaltschaft künftig Assistenzstaatsanwältinnen und -anwälte anstellen und ihnen so den Berufseinstieg ermöglichen. Das Geschäft war in zweiter Lesung unbestritten, die ausstehende Schlussabstimmung ist nur noch Formsache. (ste)

## Zum Schutz der Bevölkerung

**Gesetzgebung** Das neu geschaffene Thurgauer Bevölkerungsschutzgesetz hat in zweiter Lesung eine Änderung zugunsten der Gemeinden erhalten. Auf Antrag des Sulger FDP-Kantonsrats Andreas Opprecht wird diesen mehr Gewicht eingeräumt bei einer besonderen Lage wie Sturm oder Hochwasser. Ein Bevölkerungsschutzgesetz in dieser Art und Form ist im Kanton Thurgau bisher nicht vorhanden. Die Schlussabstimmung folgt an der Sitzung des Grossen Rates vom 2. April. (hs)

## Gsaat isch gsaat

**«Der Thurgau wird sicher nicht über Nacht attraktiver»** GLP-Kantonsrat Reto Ammann (Kreuzlingen) glaubt nicht an die Wirkung des Schönheitsschlafs.

**«Kantonsrat Eschenmoser stand die Haare zu Berg, obwohl das eigentlich gar nicht mehr möglich ist.»**

Grossratspräsident Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) fasst die wichtigsten Ereignisse der Sitzung zusammen.

**«Das Gute kommt zum Schluss»**

Regierungspräsident Walter Schönholzer schmückt sich selbst mit Lorbeeren. (sba)

# Regierung befürchtet hohe Kosten

Private Spitexanbieter spezialisieren sich auf die Anstellung pflegender Angehöriger – der Grosse Rat ist besorgt.

Hans Suter

Peter M. leidet an einer seltenen Krankheit und sitzt seit einigen Jahren im Rollstuhl. In vielen Belangen ist er auf die Hilfe seiner Ehefrau angewiesen, die deshalb nur noch eingeschränkt ihrer Berufstätigkeit nachgehen kann.

Dann stösst die Frau auf einen privaten Spitexanbieter, der ihr ein verlockendes Angebot mit Entlohnung unterbreitet. Dieser stellt die pflegende Ehefrau an, unterstützt und schult sie, regelt die Entlohnung für die Pflegeleistungen und rechnet die Sozialleistungen ab. Seine Dienstleistungen stellt der Anbieter dem Gesundheitssystem in Rechnung. Direkte Pflegeleistungen erbringt dieser private Spitexanbieter jedoch nicht.

## Regierungsrat befürchtet massive Kostensteigerung

Für die pflegende Frau ist das Angebot vorteilhaft. Dennoch stellt sich die Frage: Wer bezahlt eigentlich die Rechnung? Laut Bundesgesetzgebung dürfen der versicherten Person höchstens 20 Prozent der Pflegekosten auferlegt werden, die nicht von Sozialversicherungen gedeckt sind; den Höchstansatz für den Pflegebeitrag legt der Bundesrat fest. Was nicht über die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) gedeckt ist, entfällt im Thurgau auf Kanton und die Gemeinden.

Nun sehen sich diese einer drohenden massiven Kostensteigerung in der ambulanten Pflege gegenüber. Deshalb möchte der Regierungsrat das



Regierungsrat Urs Martin sind die zunehmenden Kosten durch private Spitexanbieter ein Dorn im Auge.

Bild: Andrea Tina Stalder

Thurgauer Krankenversicherungsgesetz (TG KVG) im Bereich der ambulanten Versorgung und Pflegefinanzierung anpassen. Im Grossen Rat erhält er Zustimmung. «Private Anbieter sollen sich nicht auf Kosten der Allgemeinheit eine goldene Nase verdienen», sagt Kantonsrätin Nicole Zeitner (GLP, Stettfurt). «Findige Geschäftsmodelle erzielen 30 Prozent Marge, nur um die Abrechnungen zu er-

stellen», verdeutlicht der Thurgauer Gesundheitsdirektor Urs Martin die Problemstellung.

## Neues Geschäftsmodell mit Kosten für Allgemeinheit

«Es ist ausserordentlich störend, dass pflegende Angehörige beziehungsweise Firmen, welche Angehörige anstellen, doppelte Abrechnungen erstellen», heisst es im Bericht der vorberatenden Kommission

unter dem Präsidium von David Zimmermann (SVP, Braunau). So sei es gängige Praxis, dass Leistungen für eine psychologische Betreuung zusätzlich zur Pflege abgerechnet werden. «Diese Praxis führt zu einer massiven Kostensteigerung in der ambulanten Pflege und Betreuung, welche durch die öffentliche Hand zu finanzieren ist», heisst es weiter im Bericht. «Gegen diesen Missbrauch wird

aktuell in Bundesbern – wo die Zuständigkeit für eine gesetzliche Regelung liegt – nichts unternommen.»

Im Grossen Rat ist der Unmut gross über diese Kostensteigerung und das Verhalten privater Anbieter. Markus Bürgi (FDP, Stettfurt) spricht von «Rosinenpickern», die im Gegensatz zur öffentlichen Spitex «nur Leistungen anbieten, die sich rechnen». Für Nicole Zeitner (GLP, Stettfurt) braucht es «dringende klare Regeln, um diesen Wildwuchs einzudämmen». Regierungsrat Urs Martin sagt dazu: «Es hat ein neues Geschäftsmodell Fahrt aufgenommen mit Kosten für die Allgemeinheit.»

## «Die Spitex hat es verpasst, sich einzubringen»

Der Kanton und etablierte Spitexanbieter mit öffentlichem Leistungsauftrag müssen sich aber auch Kritik gefallen lassen. «Die Abgeltung in der Angehörigenpflege hätte schon längst durch die Kantone geregelt werden können. Nun sind Private in die Lücke gesprungen», sagt Edith Wohlfender (SP, Kreuzlingen). Genauso sieht es Brigitta Engeli (Grüne, Kreuzlingen): «Die Spitex hat es verpasst, sich bei pflegenden Angehörigen einzubringen. Nun wird das von Privaten abgedeckt, lukrativ und völlig legal.»

Unbehagen bereitet im Grossen Rat auch der Umstand, dass sich Modelle wie Pflegepraxen als Vorstufe zu Hausarztpraxen bis heute nicht umsetzen lassen. Dies wegen fehlender Bundesgesetzgebung.

# SVP wehrt sich gegen Innovationsfonds

Die Regierung will innovative Thurgauer Firmen unterstützen. Fast alle Fraktionen sind dafür.

Stefan Marolf

Nur Rang 20: In Sachen Innovation schneidet der Kanton Thurgau gemäss einem Ranking der UBS schlecht ab. Das könnte sich ändern. Am Mittwoch hat der Grosse Rat darüber diskutiert, ob der Thurgau künftig mit Geld aus einem Innovationsfonds mehr Unternehmen bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten unterstützen soll. Kostenpunkt: 1,5 Millionen Franken pro Jahr. Hinter der Idee steht FDP-Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller (Gachnang). Sie forderte den Fonds schon im Juni 2021 per Motion, der Grosse Rat schloss sich an, die Regierung arbeitete einen Vorschlag aus. Er sieht Folgendes vor:

– Für die Umsetzung der Motion wird der bereits bestehende Arbeitsmarktfonds erweitert und in Arbeitsmarkt- und Innovationsfonds umbenannt.

– Für den Fonds verantwortlich ist die neue Stiftung Innovation Thurgau.

– Die Stiftung kann Thurgauer Unternehmen bei Machbar-

keitsstudien und Forschungsprojekten mit maximal 50'000 Franken pro Jahr unterstützen.

– Für die Stiftung Innovation Thurgau sind jährlich rund 1,5 Millionen Franken vorgesehen. Das Geld kommt aus dem Arbeitsmarktfonds, der Ende 2023 mit knapp 30 Millionen Franken gefüllt war und ab 2026 zusätzlich mit Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer geöffnet wird.

– Firmen, die finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte beantragen, müssen immer mit einer Hochschule oder einem Forschungspartner zusammenarbeiten.

## Auch kleine Firmen sollen kreativ denken

Dass Innovation nicht zu den Thurgauer Stärken zählt, ist am Mittwoch im Parlament allen bewusst. Die meisten Fraktionen unterstützen deshalb auch den neuen Fonds. Innovation koste Geld, bringe aber umso mehr zurück, sagt Initiantin Martina Pfiffner Müller: «Wir müssen heute intensiver säen, damit wir übermorgen so richtig

schön ernten können.» Mitte-Kantonsrat Patrick Siegenthaler (Herdern) ist gleicher Meinung. Der kantonale Innovationsfonds müsse im Gegensatz zu nationalen Förderinstrumenten niederschwellig funktionieren, fordert der IT-Unternehmer. «Wir sagen Ja zu mehr Wertschöpfung im Thurgau.»

Der Versuch, die Innovation im Thurgau zu stärken, verdiene eine echte Chance, sagt auch EVP-Co-Präsident Christian Stricker (Oberaach). «Die Vorlage erweitert den Kreis der Unternehmen, die von Forschungs- und Entwicklungsprojekten profitieren. Es werden wesentlich mehr Firmen kreativ und neu denken, nicht nur die grossen.»

## Die Grünen geben nur widerwillig Geld aus

Der Thurgau werde sicher nicht über Nacht innovativer, gibt GLP-Fraktionschef Reto Ammann (Kreuzlingen) zu bedenken: «Deshalb brauchen wir eine Klimaveränderung, auch im Kopf.» Leise Vorbehalte äussern derweil die Grünen. Die Stiftung müsse flexibel sein, Nachhaltigkeit einfordern und

breite Unterstützung auch für kleine Firmen gewährleisten, fordert Kantonsrat Simon Vogel (Frauenfeld). «Es fällt uns nicht leicht, neue Ausgaben zu beschliessen. Trotzdem sind wir bereit, in die Innovation im Kanton zu investieren.»

Dass der neue Innovationsfonds der Thurgauer Wirtschaft helfen kann, hofft auch SP-Kantonsrätin Sandrine Nikolic-Fuss (Bettwieslen). Sie sagt aber: «Die Innovation darf nicht ausschliesslich unter wirtschaftlichem Wettbewerbsdruck stehen.» Sie müsse auch gesellschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigen. Darauf werde die SP bei der Umsetzung ein Augenmerk legen.

## Schönholzer ärgert sich über die SVP

Widerstand gegen den neuen Fonds kommt am Mittwoch nur von rechts: erst von Andreas Sigrist (Guntershausen) im Namen der EDU/Aufrecht-Fraktion, dann von Ralph Wättinger (SVP, Roggwil). Mit der Gesetzesänderung versuche die Regierung nur, sich künstlich im UBS-Ranking nach vorne zu mogeln, statt die Thurgauer

KMU wirklich zu unterstützen. Ausserdem würden mit der Stiftung weitere Staatsstellen geschaffen: «Für die SVP ist das weder innovativ noch unterstützungswürdig.»

Wättingers Votum provoziert Regierungspräsident Walter Schönholzer zu einer direkten Reaktion. «Normalerweise spreche ich nicht einzelne Fraktionen an», sagt er – und knöpft sich dann die SVP vor. «Bei den Wahlen waren Sie es, die nicht müde wurden, zu betonen, wie wichtig die Thurgauer Wirtschaft ist.» Jetzt sei die SVP nicht einmal bereit, auf eine Vorlage einzutreten, die 1,5 Millionen Franken pro Jahr aus der Wirtschaft in die Wirtschaft zurückfliessen lasse. «Das müssen Sie mir und Ihren Wählerinnen und Wählern erklären.»

Schönholzers Aufruf an die SVP, auf die Vorlage einzutreten, verhallt ungehört. Muss den Regierungspräsidenten aber nicht weiter stören, denn: Alle anderen Fraktionen stimmen dafür, am Ende stehen 72 Ja und 47 Nein zu Buche. Die erste Lesung verläuft ohne Wortmeldungen, die zweite Lesung ist für die nächste Sitzung traktandiert.